Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Millionenfach haben Sie in den letzten Wochen einen überzeugenden Beweis dafür gegeben:

Wir sind das Volk! Wir sind mündige und reife Staatsbürger!

Viele von Ihnen haben Mut und Zuversicht erlangt und beteiligen sich aktiv an der intensiven Arbeit der Demokratiebewegungen, um für jetzt und Zukunft einen Staat zu schaffen und zu gestalten, der vom Volkswillen getragen wird.

Die wichtigsten Schritte auf diesem Weg liegen noch vor uns. Dazu gehören freie, geheime Wahlen im Jahr 1990. Über die Bedingungen dieser Wahl wird am „Runden Tisch" verhandelt, damit die neue Opposition die gleichen Chancen hat wie die in der Volkskammer vertretenen Parteien. Gleichzeitig muß aber das Volk weiterhin seinen unmißverständlichen Willen bekunden, die Demokratisierung zu vollenden. Dies geschieht u. a. durch unsere Demonstrationen auf den Straßen und durch die Organisation einer starken Opposition in Parteien. Unsere Volkspartei „Demokratischer Aufbruch – sozial und ökologisch" ist aus diesem Grund geschaffen worden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Nutzen Sie das Angebot der Organisation im „Demokratischen Aufbruch". Dadurch bekommt die Demokratiebewegung Kraft und Stimme. Die Partei „Demokratischer Aufbruch" ist kein Selbstzweck, sondern politisches Instrument zur Beförderung der Umgestaltung zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, einer schnellen und konsequenten Wirtschaftsreform und der Lösung der deutschen Frage im Sinne der wirklichen Bedürfnisse der Menschen.

Der „Demokratische Aufbruch" wird mit allen anderen oppositionellen Kräften zusammenarbeiten, weil wir uns eine Zersplitterung jetzt nicht leisten können.

Wolfgang Schnur, Vorsitzender „Demokratischer Aufbruch"

ökologisch sozial DA

Demokratischer Aufbruch

Volkspartei – sozial – ökologisch

Die neue ökologisch-soziale Volkspartei: Demokratischer Aufbruch (DA)

Warum und Wofür?

Als sich im Sommer dieses Jahres die politische Krise der DDR abzeichnete, traf sich ein kleiner Kreis politisch Engagierter, die nach Wegen suchten, diese Krise zu bewältigen. Dabei wurde die Idee geboren, eine politische Vereinigung zu gründen, die den Namen tragen sollte:

„Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch".

Die Initiatoren dachten zunächst, daß noch viele Monate Zeit wären, bis die ersten praktischen Schritte gegangen werden müßten. Doch die Ereignisse überstürzten sich. Im September begannen die Vorbereitungen. Am 1. Oktober fand ein erstes Delegiertentreffen in Berlin statt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Arbeit des DA noch direkt durch polizeiliche und sicherheitsdienstliche Organe behindert. Am 29. Oktober konnte ein zweites DDR-weites Treffen stattfinden. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß sich der DA zur Partei entwickeln soll. Dies wird nach Vorstandsbeschluß auf dem Gründungsparteitag Mitte Dezember in Leipzig geschehen.

Der Aufbau der Partei

Der DA ist jetzt dabei, seine Organisationsstruktur aufzubauen. Viele Menschen beteiligen sich an dieser sehr aufwendigen und schweren Arbeit. Mitte November hatte der DA im ganzen Land schon über 10 000 Mitglieder. Weil das Wachsen der Organisation sehr schnell abläuft, gibt es manchmal und in manchen Orten auch ein schönes Durcheinander. Ein vorläufiges Statut und eine vorläufige programmatische Grundsatzerklärung sind erarbeitet worden. Auf diesen Grundlagen ist eine intensive Programmarbeit im Gange. In den sich rasch verändernden Situationen ist die programmatische Arbeit zwar erschwert, führt aber doch zu greifbaren Ergebnissen.

Die politische Arbeit des DA und seines Vorstandes unter dem Vorsitz von Wolfgang Schnur hat schon zu vorzeigbaren Ergebnissen geführt. Der DA unterhält Beziehungen zu allen demokratischen Parteien der BRD. Es gibt zahlreiche Kontakte und politische Gespräche mit Parteien und Einrichtungen in Ost- und Westeuropa. Zunehmend erfährt der DA von dort Anerkennung.

Innenpolitisch hat der DA als außerparlamentarische Opposition sich Geltung verschaffen können, indem er zum Gesprächspartner für die alten, in der Volkskammer vertretenen Parteien wurde. Der DA nimmt diese Kontakte bei strikter Abgrenzung wahr. DA-Vertreter arbeiten in zahlreichen Institutionen mit und beteiligen sich an gesellschaftlichen Aktivitäten. Oberster Gesichtspunkt ist dabei die Beförderung des Demokratisierungsprozesses in der DDR. Auf regionaler und kommunaler Ebene haben sich die DA-Organisationen in vielen Städten und Dörfern schon einen guten Platz in der politischen Szene sichern können.

Öffentlichkeit

Die größten Hindernisse für die Arbeit des DA liegen in der sehr erschwerten Arbeit durch das mangelhafte Informations- und Kommunikationssystem innerhalb der eigenen Organisation. Da dauert alles noch viel zu lange. Die Mitglieder erfahren oft Neuigkeiten und Willensbekundungen des Vorstandes nur aus den Westmedien. Der Vorstand ist über die Aktivitäten an der Basis ungenügend unterrichtet. Hier wirkt sich das Monopol der alten Parteien und der SED an den Medien noch aus. Außerdem wird der DA noch längere Zeit damit Probleme haben, daß eben seine Mitglieder keine Profis in der Politik sind. Außerdem fehlen die unabhängigen Zeitungen und Medien in der Republik. Trotz dieser Schwierigkeiten formiert sich die Volkspartei Demokratischer Aufbruch und wird täglich arbeitsfähiger.

Zu den Mitgliedern gehören Frauen und Männer aus den unterschiedlichsten Herkommen, weltanschaulichen Prägungen und beruflichen Existenzen. Der DA setzt voll und ganz auf die Karte des normalen und durchschnittlichen Volkes. Und zu diesem Volk, das nebenbeigesagt die tollste Revolution des Jahrhunderts geschafft hat, gehören auch kirchliche Persönlichkeiten, Künstler, Gewerkschaftler und Wissenschaftler. Der DA wird für alle parlamentarischen Ebenen Abgeordnete zur Wahl stellen. Der DA hat personelle Substanz! Er ist in mehrfacher Hinsicht darum auch bunt: Schwarz-Rot-Gold. Und weil das sehr wichtig ist: Grün! Für Kenner sei noch gesagt, daß Lila, Rosa, Blau, Weiß und Umbra im DA Platz haben. Braun ist ausgeschlossen!!!

Das politische Ziel des DA ist vor allem die vollständige Demokratisierung des politischen Systems. Es geht um die Trennung von Partei(en) und Staat. Keine Partei soll durch Verfassungsrecht Anspruch auf Führung haben. Der DA tritt dafür ein, daß die Öffentlichkeit und deren Medien (Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen usw.) unabhängig werden und nicht von einer Gruppe oder Partei kontrolliert werden können. Der DA möchte starke Parlamente auf allen Ebenen, und eine unabhängige Justiz, damit der Staat und seine Organe kontrolliert werden und der Bürger Rechtsschutz genießt.

Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Grundsätze des Demokratischen Aufbruchs beinhalten die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Maßstäbe. Im Rahmen der ökonomischen Krise sind in der DDR ökologische und soziale Mißstände akut geworden, die jetzt korrigiert werden müssen. Man denke nur an die niedrigen Renten, die vielen Privilegien der SED-Bonzenschicht und die zahlreichen verheimlichten Giftskandale in der Republik. Die Wirtschaft muß effektiv und dynamisch werden, damit soziale und ökologische Leistungen möglich sind. Da die politische Ökonomie des real existierenden Sozialismus in diesen Fragen versagt hat, müssen rasch Schritte unternommen werden, die das Interesse der Menschen an der Produktion und der Arbeit nutzt und die ständige Veraltung von Produktion und Produkten verhindert. Dazu muß der Zugriff der SED auf die Wirtschaft beendet werden. Die SED muß aus den Betrieben entfernt werden. Es müssen dagegen freie Gewerkschaften, Mitbestimmungsrecht und Streikrecht den Arbeitenden Mitsprache und Einfluß sichern. Dabei müssen auch privatwirtschaftliche Formen gefördert werden. Die kleinen und mittleren Wirtschaftseinheiten sollen rekonstruiert und die Grundlage für Versorgung und Dienstleistung werden. Überhaupt soll alles erlaubt sein, was die Wirtschaft fördert. Und es soll alles verboten sein, was sozial und ökologisch die Menschen schädigt. Die politische Freiheit muß auch die wirtschaftliche Freiheit mit sich bringen.

Sozialismus?

Die Frage wird an den DA gestellt, wie er sich mit solchen Zielen zum Sozialismus stelle. Ein Sozialismus, der sich als Herrschaft einer Partei versteht oder als „Gesetzmäßigkeit" gleichsam aus dem Schoß der Geschichte herkommend anbietet, ist für den DA nicht zu akzeptieren. Das läuft immer darauf hinaus, daß die wirklichen Verhältnisse und Bedürfnisse durch eine Ideologie verzerrt und falsch dargestellt werden. Gerade das führte zur Krise des Sozialismus, der zum Schluß nur noch eine Fiktion, eine Illusion war. Wohl aber gibt es in der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung politische Ziele, die nicht aufhebbar sind und die ihre Bedeutung behalten. Das sind die Forderungen nach Gerechtigkeit und Gleichheit, wenn darunter nicht sture Gleichmacherei verstanden wird. Diese Tradition hat ihre tiefe Berechtigung und entspricht auch christlicher Ethik. Das muß fortgeführt werden. Allerdings darf das nicht ohne die umfassende demokratische Mitbestimmung aller geschehen. Das Gesellschaftssystem muß Demokratie, muß die alten bürgerlichen Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Voraussetzung haben und darf sie nicht ersetzen, wie es im stalinistischen Typ des Sozialismus üblich ist.

Die deutsche Frage

Zur deutschen Frage bezieht der DA eine klare Stellung. Er geht auf Grund der historischen Voraussetzung und der Ergebnisse des 2. Weltkrieges von der Existenz zweier deutscher Staaten und Westberlin mit einem besonderen Statuts aus. Dennoch gibt es eine deutsche Nation. Diese ist sowohl kulturell-historisch, wie real-existierend in den Beziehungen der Menschen vorhanden. Im Rahmen einer europäischen Friedensordnung brauchen auch die europäischen Nachbarn bei einer Vereinigung der deutschen Staaten keine Bedrohung zu empfinden. Realistischerweise kann aber ein gemeinsamer deutscher Staat nur über einzelne Schritte der Konföderation entstehen.

Die SED hat uns DDR-Bürger zu Bittstellern gemacht. Wir stehen heute im Westen an, um das Begrüßungsgeld zu empfangen, und wir müssen um die Finanzierung der Wirtschaftsreform bitten. Für alle Beteiligten wäre es deswegen vorteilhaft, wenn die DDR-Bürger zeigen könnten, daß sie ihre eigene Kraft nicht schonen und mit großem Selbstbewußtsein die Wende und den Wandel bewerkstelligen. Die Allmacht der SED ist schon angeschlagen. Es gilt sie nun vollständig aufzuheben. Dann können wir viel besser mit dem Westen verhandeln und brauchen uns nicht die Bedingungen vorschreiben zu lassen. Bis zu Bildung eines gemeinsamen deutschen Staates spielt das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik eine hervorgehobene Rolle. Der Verkehr von Menschen, Ideen und Wirtschaftsgütern muß gefördert werden.

Der Demokratische Aufbruch und die Oppositionsbewegung

Aus diesen Gesichtspunkten ergibt sich das Profil des Demokratischen Aufbruchs und sein Verhältnis zu anderen Parteien und Gruppen. Er will ökologisch und sozial, demokratisch und liberal sein. Als Volkspartei, die christliche, sozialdemokratische, liberale und ökologische Motivationen in sich vereint, versucht der DA die gesellschaftlichen Konflikte nicht zu verdrängen, sondern demokratische Formen der Konfliktlösung zu suchen. Sogar in den eigenen Reihen müssen auf diese Weise Konflikte gelöst werden. Demokratie gilt es zu lernen: In der Gesellschaft und in der eigenen Partei.

Die SDP versucht berechtigtermaßen an die Tradition der deutschen Sozialdemokratie anzuknüpfen. Für den DA ist dies immer noch eine Engführung. Der DA will bewußt breiter angelegt sein. Der DA hält sein Konzept für modern und der Entwicklung der Industriegesellschaft für angemessen. Ungeachtet dessen ist die SDP in der Phase der demokratischen Umgestaltung ein wichtiger Koalitionspartner des DA.

Bewegungen und lockeren Gruppen wie etwa dem „Neuen Forum" oder „Demokratie jetzt" steht der Demokratische Aufbruch von der Sache her kaum kritisch gegenüber. An vielen Orten gibt es schon eine sehr gute Zusammenarbeit! Der DA beklagt die dort fehlende Organisationsstruktur und in manchen Fällen auch die fehlenden inhaltlichen Konzeptionen. Keinesfalls wird der DA mit Gruppen zusammenarbeiten, die indirekte Mehrheitsbeschaffer für die SED sind.

Zu der SED und den sogenannten Blockparteien besteht schon deshalb ein kritisches Verhältnis, weil der DA auf die tiefe Vertrauenskrise zwischen dem Volk und den alten Parteien reagieren muß. Die Parteien der sogenannten „Nationalen Front" müssen sich das Vertrauen des Volkes erst wieder erdienen oder sie sollten alsbald ihre Auflösung erwägen. Jetzt müssen ihnen echte überzeugende Alternativen gegenübergestellt werden.

Da es um die Glaubwürdigkeit der Politik überhaupt in unserem Volk geht, ist eine Zusammenarbeit aller oppositionellen Kräfte unumgänglich. Der DA wird deshalb trotz vorhandener Unterschiede anstreben, gemeinsame Listen zur nächsten Wahl mit der übrigen Opposition aufzustellen.

Der DA fordert für die kommenden Wahlen Chancengleichheit. Die alten Parteien haben auf Kosten von Staat und Volksvermögen gearbeitet. Sie haben sich gewaltige Apparate und eigene Medien aufgebaut. Der DA fordert für sich und alle neuen demokratischen Parteien, daß der ungehinderte Zugang zu unabhängigen Massenmedien ermöglicht wird. Dazu brauchen wir in der DDR ein neues Parteienfinanzierungsgesetz und eine umfassende Verfassungsreform. Nt.

ERKLÄRUNG

Im September dieses Jahres, als sich die politische Krise der DDR zuspitzte, haben Gewerkschaftsmitglieder des VEB Bergmann Borsig in Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung einen offenen Brief an ihren damaligen Vorsitzenden Harry Tisch gerichtet mit der Forderung, sich unverzüglich für Reformen und die Herstellung demokratischer Verhältnisse einzusetzen. Dieser Brief hatte sehr viel Öffentlichkeit erreicht und leistete einen wesentlichen Beitrag zur Einleitung des Demokratisierungsprozesses.

Diese Gewerkschaftsmitglieder haben sich jetzt erneut zu Wort gemeldet mit einem Forderungskatalog, der der Volkskammer übergeben wurde. Sie verlangen vor allem die Schaffung der Grundlagen für einen demokratischen Rechtsstaat durch Gleichstellung aller Parteien und die Durchführung freier und geheimer Wahlen. Darüber hinaus beziehen sich ihre Forderungen auf alle Bereiche der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von der Sicherung der Demokratie im Staat über erforderliche Schritte zur Umgestaltung der Wirtschaft bis zur Reformierung der sozialen Verhältnisse und Lebensbedingungen.

Dieser Forderungskatalog erfuhr nach seiner Veröffentlichung breite Zustimmung aus anderen Betrieben und Bereichen der Wirtschaft.

Er geht weit über den Rahmen der gewerkschaftlichen Zuständigkeit und der kurzfristig zu lösenden Aufgaben hinaus und muß deshalb als Auftrag für die Programme der Parteien in Hinblick auf die kommenden Volkskammerwahlen verstanden werden.

Eine vergleichende Analyse der programmatischen Erklärungen der etablierten Parteien und der neuen Gruppierungen hat ergeben, daß sowohl das Aktionsprogramm der SED und die Regierungserklärung als auch die Positionspapiere der Blockparteien nur wenig Ansätze zur Umsetzung dieser Forderungen erkennen lassen. Die Bürgerbewegungen und neuen Parteien haben teilweise noch erhebliche Unklarheiten und Lücken in ihren Programmen. Von diesen zeigt der „Demokratische Aufbruch" in seinen grundsätzlich Positionen zu Staat, Gesellschaft und Wirtschaft eine geeignete Basis zur Wahrnehmung dieses gewerkschaftlichen Auftrages. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der DA im Hinblick auf die Wahlen zur Volkskammer das Vertrauen einer großen Wählerschaft erringt.

Joachim Boetius
AVEB Bergmann-Borsig

wir sind da
Demokratischer
Aufbruch
SOZIAL-ÖKOLOGISCH

INITIATIVE:

Jugend des Demokratischen Aufbruchs

Auszug aus dem Forderungskatalog:

Wir sind für

– die Gleichberechtigung sämtlicher demokratischer Jugendorganisationen und die Auflösung der FDJ als Massenorganisation mit Alleinvertretungsanspruch für die Jugend.

– das Lernen und Einüben eines demokratischen Umgangs miteinander und die Partnerschaft mit den hier lebenden Ausländern.

– die Einrichtung und Erweiterung von Begegnugsstätten und die Unterstützung von schöpferischen Projekten in Musik, Literatur und anderen Künsten.

– die Entstehung von Jugendzentren, alternativen Wohn- und Lebensprojekten, Einrichtung von Kinderläden, die Ermöglichung sozial orientierter Aktionen.

– die Unterstützung ökologischer Großprojekte (z. B. Nationalpark Waren-Müritz) und Förderung ökologischer Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur (z. B. Ausbau des Radwegenetzes).

– die Einrichtung des Zivildienstes im öko/sozialen Bereich, der als Wehrersatzdienst anerkannt wird und das Ende des direkten oder indirekten Organisationszwanges (z. B. Junge Pioniere) oder der Nötigung zur Teilnahme an Jugendweihen u. ä.

(36a) 224 592